**Internationales Zentrum Wien**
Postfach 500, 1400 Wien, Österreich
Tel: (+43-1) 26060-4666
Fax: (+43-1) 26060-5899
Email: unis@unvienna.org
http://www.unis.unvienna.org

Zur Information – kein offizielles Dokument

Hintergrundinformationen
Juni 2009

# Analyse der Krise

Konferenz der Vereinten Nationen über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen für Entwicklung, 24. bis 26. Juni 2009

*Aus dem Bericht des UNO-Generalsekretärs zur Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung*

**Die Welt befindet sich momentan in der schlimmsten Rezession seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.** Die Entwicklungsländer sind am schwersten von der Krise betroffen, obwohl sie nicht bei ihnen entstanden ist. Gründe dafür sind der zurückgehende Handel, striktere globale Finanzierungsbedingungen und ein Rückgang der Geldüberweisungen von Wanderarbeitern. Die Zahl der Armen und Hungernden steigt. Gleichzeitig muss mit erheblichen Rückschlägen bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) gerechnet werden. Zu den schutzbedürftigsten Gruppen gehören dabei Kinder, Frauen, Menschen in Erwerbsarmut, Einwanderer und andere bereits benachteiligte Menschen. Es ist anzunehmen, dass die Umweltzerstörung schneller voranschreitet und soziale Spannungen zunehmen werden.

## Ursachen und Gründe

**Die Jahre vor der Krise waren durch ein hohes globales Wirtschaftswachstum und eine relativ stabile und niedrige Inflationsrate in den meisten Ländern gekennzeichnet.** Dieses Wachstum wurde durch eine erheblich zunehmende Produktivität in vielen Ländern angekurbelt. Zusätzlich konnten die Preise einige Jahre relativ konstant blieben, da Entwicklungsländer verstärkt in die globale Wirtschaft integriert wurden und der Handel erheblich ausgeweitet wurde.

**Dieses Wachstumsmodell in Verbindung mit fehlerhafter Regulierung hat letztendlich zu einer unhaltbaren Überschuldung der Finanzinstitutionen, Unternehmen und Haushalte geführt.** Anhaltend niedrige Zinssätze hatten zur Folge, dass Investoren nach höheren Renditen bei Eigenkapitalanlagen, Immobilien und Gebrauchsgütern sowie immer risikofreudigeren Kreditinstrumenten suchten. Anlagepreise wurden in vielen Industrie- und Schwellenländern in die Höhe getrieben. Außerdem haben viele Entwicklungsländer von hohen Warenpreisen profitiert. Die Vereinten Nationen haben in vielen Veröffentlichungen, wie z.B. dem Bericht zur Weltwirtschaftslage und Zukunftsaussichten oder dem Handels- und Entwicklungsbericht, vor einer Verschuldung der Haushalte, staatlicher und anderer öffentlicher Unternehmen sowie des Finanzsektors in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern gewarnt.

**Zeitgleich mit der globalen Suche nach höheren Renditen stieg weltweit das finanzielle Ungleichgewicht.** Hohe Sparquoten in Asien und in Erdöl-exportierenden Ländern haben den hohen Konsum in den Vereinigten Staaten und einigen anderen Industrienationen finanziert. Als das internationale Vertrauen in die überschuldeten Finanzinstitutionen und komplizierten Anlagestrukturen im Jahr 2008 eingebrochen ist, kehrte sich dieses Ungleichgewicht um. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass in einer stark vernetzten globalen Wirtschaft ein Zusammenbruch in einem Teil des Systems anderswo erhebliche Auswirkungen hat.

## Antworten auf die Krise

**Die globale Wirtschaftskrise bietet eine Gelegenheit für verstärkte multilaterale Zusammenarbeit.** Eine globale Krise erfordert gemeinsame globale Lösungen.

**Die Mitgliedstaaten haben gewaltige Summen mobilisiert**, zum Beispiel 18 Billionen US-Dollar (fast 30 Prozent des Weltsozialprodukts), um Banken wieder mit Kapital auszustatten, Finanzinstitutionen zu verstaatlichen und Garantien für Bankeinlagen und andere Finanzanlagen bereitzustellen. Außerdem sollen damit Konjunkturpakete finanziert werden, die im April 2009 bereits fast 2,7 Billionen Dollar (ca. 4 Prozent des Weltsozialprodukts) in Anspruch genommen haben und noch bis 2011 finanziert werden sollen. Außerdem haben die Staats- und Regierungschefs der G20 auf ihrem Gipfeltreffen in London im April beschlossen, 1,1 Billionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Davon sollen 50 Milliarden für Sozialabsicherungen sowie für Handel und Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen ausgegeben werden.

Zu den politischen Zielen, die bereits eine große internationale Unterstützung erhalten haben, gehören:

- Systeme zur Frühwarnung, um Risiken für den Finanzsektor zu erkennen, auf diese zu reagieren und die Fähigkeit zur Schuldentilgung der Mitgliedstaaten zu beobachten;
- Stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Steuergesetzgebung, um Steuerhinterziehung zu verhindern und die finanzpolitischen Kapazitäten der Regierungen zu erhöhen;
- Neugestaltung der Finanzinstitutionen, um deren Glaubwürdigkeit Verantwortung und Wirksamkeit zu erhöhen;
- Eine Verpflichtung, Protektionismus zu bekämpfen und bei den Verhandlungen zur Doha-Entwicklungsrunde eine gemeinsame Linie zu finden.

**Die Vereinten Nationen handeln geschlossen**, um Staaten und schutzbedürftigen Menschen zu helfen: Beispiele hierfür sind:

- Zusätzliche Finanzierungen durch die von der Weltbank und der UNO gemeinsam beschlossenen Maßnahmen, einschließlich des sogenannten „Anfälligkeitsfonds“ der Weltbank;
- Stärkung der Programme, durch die Hungernde mit Essen versorgt und Landwirte in Entwicklungsländern unterstützt werden;
- Handelshilfen und Finanzierung des Handels;
- Die Förderung von Investitionen für langfristige, klimafreundliche und nachhaltige Projekte;
- Einen globalen Pakt für Arbeitsplätze, um Beschäftigung und faire Arbeit zu unterstützen;
- Einen Notfallplan für Stabilität im humanitären, sicherheitspolitischen und sozialen Bereich.

Eine neues, weltweites Warnsystem der Vereinten Nationen für Schutzbedürftige wird sicherstellen, dass die internationale Gemeinschaft nicht das Schicksal der Ärmsten und Schwächsten übersieht, während sie auf der Suche nach einem Weg aus der Krise ist.

**Entwicklungsländer leiden besonders unter den Schwächen des internationalen Finanzsystems. Gleichzeitig sind sie aber nicht in der Lage, anti-zyklische Maßnahmen einzuleiten**. Je niedriger das Entwicklungsniveau eines Landes ist, desto weniger belastbar und desto verwundbarer ist es bei Konjunkturschwankungen der Weltmärkte. Mit weniger Rohstoffen sind Entwicklungsländer folglich gezwungen, pro-zyklische Währungs- und Finanzpolitik zu betreiben, die ihre wirtschaftliche Leistung und langfristiges Wachstum negativ beeinflusst.

## Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung

**Externe Finanzierungen für Entwicklungsländer sind gestoppt worden.** Der Nettofluss von Privatkapital in Entwicklungsländer ist im Jahr 2008 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Damit ist er von seinem absoluten Höchstwert im Jahr 2007 (eine Billion US-Dollar) auf 500 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 gesunken. Für 2009 wird mit einem weiteren starken Rückgang um 50 Prozent gerechnet.

**Externe Finanzierungskosten für Schwellen- und Entwicklungsländer sind gestiegen.** Der Risikozuschlag für Darlehen an diese Länder ist innerhalb einiger Wochen im dritten Quartal des

Jahres 2008 im Durchschnitt von 250 auf ungefähr 800 Basispunkte gestiegen. Obwohl die Kursdifferenz im April 2009 auf 500 Basispunkte begrenzt blieb, ist sie im Vergleich zu normalen Marktbedingungen immer noch verhältnismäßig hoch.

**Der Mangel an bezahlbaren Krediten könnte erhebliche Auswirkungen auf die Ausgaben für Infrastruktur haben. Diese wiederum ist wichtig für ein langfristiges Wirtschaftswachstum.**

Im südlichen Afrika und Lateinamerika sind Investitionen in öffentliche und private Infrastrukturprojekte nach zahlreichen Krisen und steuerlichen Anpassungen in den achtziger und neunziger Jahren erheblich zurückgegangen. Nach der Krise in Südostasien Ende der neunziger Jahre sind Investitionen in die Infrastruktur ebenfalls enorm gesunken und haben bis 2008 nicht wieder das Niveau vor der Krise erreicht.

**Die höheren Kosten von Auslandsanleihen werden in vielen Ländern außerdem die Fähigkeit zur Schuldentilgung beeinflussen.** Im Jahr 2009 werden ausländische Staatsschulden in Höhe von fast drei Billionen US-Dollar sowie Auslandsschulden im Wirtschaftssektor in Höhe von über einer Billion US-Dollar fällig. Die Kosten für eine Verlängerung der Kredite werden um einiges höher sein als bei der ursprünglichen Finanzierung. Sinkende Wachstumsraten und ein verringertes Einkommen durch rückläufige Exporte beeinflussen ebenfalls die Fähigkeit zur Schuldentilgung vieler Länder. Da Auslandsschulden in den Hauptwährungen angegeben werden, hängt die Fähigkeit der Länder zur Schuldentilgung in hohem Maße von veränderten Wechselkursen ab. Eine Verschlechterung der externen Bedingungen und die Aufwertung des US-Dollars seit August 2008 führten dazu, dass die Währungen vieler Entwicklungsländer schwächer wurden. Abwertungen haben die ausländische Schuldentilgung hinsichtlich der lokalen Währungen stark verteuert. Sie wirken sich schon auf die Haushaltslage von Regierungen und Unternehmen aus. Diese Faktoren reduzieren erheblich die Fähigkeit der einkommensschwachen Länder und Länder mit mittlerem Einkommen zur Schuldentilgung.

**Die weltweiten Handelsströme sind seit Ende 2008 rückläufig und sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres weiter gesunken.** Mit einem jährlichen Minus von über 40 Prozent bis Ende Februar 2009 hat das Handelsvolumen weiter abgenommen. Die Welthandelsorganisation (WTO) prognostiziert, dass das Volumen des weltweiten Warenhandels 2009 insgesamt um neun Prozent sinken wird. Der UNO-Bericht zur wirtschaftlichen Situation und wirtschaftlichen Aussichten in der Welt erwartet sogar einen steilen Fall um 11 Prozent. Dies wäre der stärkste Rückgang seit der großen Depression in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.

**Stark sinkende Verbrauchsgüterpreise verstärken die negativen Folgen für viele Entwicklungsländer.** Dies gilt insbesondere für die Volkswirtschaften, die stark von Rohstoff-Exporten abhängig sind. Von 2002 bis Mitte 2008 haben viele Länder von den zwar leicht unbeständigen aber dennoch steigenden Erdöl- und anderen Rohstoffpreisen profitiert. Die Zuspitzung der globalen Finanzkrise seit Mitte 2008 hat zu einem starken Umschwung dieser Entwicklung geführt. Der Ölpreis ist im Vergleich zu seinem Höchststand Mitte 2008 um 70 Prozent eingebrochen. Die Metallpreise sind um 50 Prozent gefallen, auch die Preise anderer Rohstoffe sind erheblich gesunken. Vom Einbruch der Weltmarktpreise sind von allen Rohstoff-Exporteuren die einkommensschwachen Länder am schlimmsten betroffen. Rohstoff-Exporte machen bei ihnen im Durchschnitt 70 Prozent des gesamten Exportvolumens aus. Außerdem erzielen diese Staaten den großen Teil ihrer Einnahmen aus diesen Exporten.

**Die Überweisungsströme in Entwicklungsländer scheinen zurückzugehen.** Überweisungen aus dem Ausland haben sich zu einer wichtigen Einkommensquelle für viele Entwicklungsländer entwickelt. Durch sie werden der Konsum privater Haushalte und die Investitionen in diesen Ländern aufrechterhalten. Mit insgesamt über 300 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 übersteigen die Überweisungen die Summe der offiziellen jährlichen Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit um das Dreifache. In früheren Krisen wurde Geld aus dem Ausland anti-zyklisch überwiesen. Die Summe stieg in Krisenzeiten, um den wirtschaftlichen Abschwung in den Heimatländern zu kompensieren. Aber in der aktuellen Krise scheint der weltweit zu verzeichnende Abschwung diese Überweisungen zu begrenzen.

**Zunehmende Regulierungen bei der Einwanderung, Zwangsausweisungen von Gastarbeitern und sinkende Arbeitssicherheit gefährden die Überweisungsströme aus dem Ausland zusätzlich.** Mit steigenden Arbeitslosenzahlen haben viele Gastländer die Einwanderungsbestimmungen verschärft und stellen höhere Anforderungen an Migranten. Durch nationale politische Richtlinien oder öffentlichen Druck verlieren Migranten ihren Arbeitsplatz tendenziell schneller als andere Beschäftigte.

**Wegen sinkender Einkommen in den wichtigsten Geberländern könnten Hilfsleistungen abnehmen.** Viele Geberländer haben während des weltweiten wirtschaftlichen Abschwungs zu Beginn der neunziger Jahre weniger Steuern eingenommen. In Folge wurde das Budget für Entwicklungszusammenarbeit stark gekürzt. Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geberländer sank von 0,30 Prozent im Jahr 1992 auf 0,22 Prozent 1997. Viele Geberstaaten berechnen die jährlichen Hilfsgelder in Bezug auf das jeweilige BNE. Somit kann die Summe für Entwicklungszusammenarbeit sinken, selbst wenn die relative Höhe des Anteils am BNE gleich bleibt.

**Die meisten Entwicklungsländer werden sehr wahrscheinlich unter starken Problemen bei der Zahlungsbilanz leiden.** Die Weltbank rechnet damit, dass 98 der 104 Entwicklungsländer ihren externen Finanzierungsverpflichtungen nicht nachkommen werden können. Sie schätzt, dass die externe Finanzierungslücke auf 268 Milliarden US-Dollar steigen könnte. Falls der private Kapitalfluss weiter zurückgeht und mehr Kapital abgezogen wird, könnte diese Diskrepanz sogar auf 700 Milliarden wachsen. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) könnte das Zahlungsbilanz-Problem allein für einkommensschwache Länder im Jahr 2009 bis zu 140 Milliarden US-Dollar ausmachen.

**Eine der größten Risiken liegt in der anhaltenden Rezession am Arbeitsmarkt.** Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass durch die Krise mindestens 50 Millionen Menschen weltweit ihren Arbeitsplatz verlieren könnten und Hunderte von Millionen bald zu denen zählen könnten, die trotz Erwerbstätigkeit nicht vor Armut abgesichert sind. Höhere Arbeitslosenquoten könnten für längere Zeit das Bild bestimmen.

**Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft die Nahrungsmittelkrise von 2008, die noch nicht vorbei ist.** Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wurden circa 115 Millionen Menschen durch die höheren Nahrungsmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008 in den Hunger getrieben. Damit stieg die Zahl der unter Hunger leidenden Menschen auf fast eine Milliarde. Bereits vor der aktuellen Krise litten außerdem zwei Milliarden Menschen unter Mangelernährung.

**Frühere Wirtschafts- und Finanzkrisen haben gezeigt, dass vor allem Frauen unverhältnismäßig stark unter den Folgen der Rezession leiden.** Vor allem in Entwicklungsländern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse geraten oder arbeitslos werden, höher als bei Männern. Es ist bewiesen, dass verschiedene wirtschaftliche und finanzielle Krisen in Lateinamerika, Südasien und Osteuropa während der neunziger Jahre die Belastungen für Frauen auch im häuslichen Bereich erhöht haben. Oft mussten vor allem Frauen die Folgen der Krisen auffangen, zum Beispiel nachdem öffentliche Gelder für Gesundheitsversorgung und Ausbildung gestrichen worden waren.

**Sinkende Investitionen in Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Wasser- und Bodennutzung sowie Aufforstungsmaßnahmen könnten die nachhaltige Entwicklung und den Kampf gegen den Klimawandel verlangsamen.** Investitionen in kohlenstoffarme Infrastruktur und Technologien könnten durch den weltweiten Rückgang von Investitionen nachlassen. Niedrigere Ölpreise haben außerdem den Anreiz gemindert, statt fossiler Brennstoffe saubere Technologien zu nutzen.

**Durch eine lang anhaltende Rezession und fehlende Aufmerksamkeit für soziale Bedürfnisse könnte es zu sozialen Unruhen, steigender Kriminalität und geschwächten Regierungen kommen.** Sollten diese Faktoren nicht angemessen berücksichtigt werden, wird es zu Rückschlägen bei der Armutsbekämpfung und dem Erreichen anderer Millenniums-Entwicklungsziele kommen.

* *** *